

PPIN Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

III. 49

Das Blatt erscheint zwei Sonntage.
Abonnement 3 Mr. pro Jahr.
Rücksendung und Export: Samstag 15,
Glockenstr. 1, Postamt Nr. 244.

Anzeigen fallen die abgesetzte Nov.
postkarte oder deren Raum 1,50 Mr.
(Der Betrag ist fests vorher eingezogen.)
Verbandsanzeigen fallen 50 Pf. die Zeile.

34. Jahrg.

Hamburg, den 4. Dezember 1920

Die Besteuerung des Grundbesitzes nach dem Wert.

Es ist eine Einsichtswürdigkeit, daß Deutschland nach dem befreienen Kriege ungeheure Aufwendungen finanzieller Art zu tragen hat, die natürlich ungeheure Kosten verursachen. Das betrifft die Eingangsstaaten, die Gemeinden sind überschuldet und wissen nicht, woher sie das Geld nehmen sollen, um die notwendigsten Ausgaben zu bedienen. Von einer Schuldenflucht kann keine Rede sein, und die wichtigsten Verbesserungen kultureller und sozialer Art — wie erinnern nur an die Bildungs- und Wohnungsfrage — müssen wegen Mangels an Geld zurückstehen. Unsere Finanznot schreit geradezu zum Himmel, sie lädt unsern Willen zum Wiederaufbau, und wenn auch die Rotenpreise Tag und Nacht arbeiten, so kann doch die papierne Hochzeit unseres Reichs nicht wieder flott machen. Im Gegenteil, sie wird unser Volk schließlich ganz auf den Sand setzen. Da gilt es denn, nach Mitteln und Wege zu spähen, um aus der wahnstinktig machenden Finanznot herauszukommen.

Der einzige Weg für einen Menschen, eine Gruppe, ein Volk, die größere Ausgaben zu machen haben, besteht darin, für größere Einnahmen zu sorgen. So müssen denn auch Staaten und Gemeinden Umschau halten nach höheren Einnahmen. Die Finanzminister rauschen sich in Verapfeisung bis Ozeane, um irgend etwas zu finden, was sie versteuern könnten. Sie haben auch bereits allerlei Steuerquellen entdeckt, es gibt bereits Umsatzsteuer und Verbrauchssteuer, Busbarlettsteuer und Verbrauchssteuer und noch viele andere Steuern, aber alle diese Steuern schädigen das wirtschaftliche Leben, und die sie zahlen sollen, sind eifrig bemüht, sie auf andere, vornehmlich auf die Verbrauchermaßen, abzuwälzen. Das war schon immer so, und deshalb hat sich die Sozialdemokratie von jeher gegen Böte und indirekte Steuern erklärt, und neben der Gewerbesteuer eine stufenweise steigende Einkommens- und Vermögenssteuer als einzige Form der Besteuerung gefordert.

Heute birgt diese Steuer, die an und für sich der Sozialgerechtigkeit entspricht, unter den heutigen veränderten Verhältnissen große Gefahren in sich. Clara Zetkin hat in ihrer Reichstagsrede mit Recht darauf hingewiesen, daß die im Erfurter Programm geforderte Einkommensteuer praktisch unhalbar sei. Sie fragte, was diese Steuer heutzutage bedeutet, und antwortete darauf: „Nach unten bebeute sie die Bevölkerung des Volkes und Gehalts, die Beschränkung der Lebensnotwendigkeiten, getragen zu einem Mundraub. Nach oben hin bebeutet sie die Verschuldung des Betriebskapitals, und nichts anderes!“ Und in der Tat müßte ein allgemeines Angiehen der Einkommensteuer die Massen der Arbeitnehmer verleben und die Arbeitgeber auf die Dauer unsfähig machen, ihre Betriebe im bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten. Der Zusammenbruch unseres gesamten Wirtschaftslebens wäre die unausbleibliche Folge davon. Also was sollen wir tun, um aus der immer größer werdenden Finanznot herauszukommen?

Günstigerweise gibt es neben der Arbeit, aus deren Erträgen bisher die Steuern im wesentlichen herausgeholt werden sind, noch etwas anderes, das besteuert werden kann. Das ist das Grundbesitz, das einen hohen Wert in sich birgt und das auch ohne Hinzutun von Arbeit dem Besitzer einen Ertrag, die sogenannte Grundrente, abwirft. Ein Stück Land, sei es bebaut oder unbebaut, hat einen inneren Wert, der allen Wechselseitlichkeiten des wirtschaftlichen Lebens zum Trost bleibt, und sogar wächst, auch ohne daß der Eigentümer darauf Arbeit verwendet. Ein Grundstück in einer Stadt oder am Rande einer Stadt, die im Wachsen begriffen ist, nimmt ohne Nutzen des Besitzers fortwährend an Wert zu und wirkt ihm ungeheure Gewinne in den Schuh. Da hat dann doch die Gesamtheit, die diesen neuen Wert schafft, zweifellos einen rechtlichen Anspruch auf diesen Wert, und darum ist es nicht

mehr als Recht, daß dieser Wertzuwachs auf dem Wege der Besteuerung der Allgemeinheit aufgeht. Die Wertzuwachssteuer, die dies beweist, ist deshalb eine durchaus berechtigte Forderung, und es kann nicht unbillig gescholten werden, wenn die Grundstücksbesitzer gestungen werden, ihren durchaus unbekümmerten Vermögenszuwachs ganz oder größtenteils an die Allgemeinheit abzugeben. Das betrifft sich natürlich nicht auf Verbesserungen des Grundstücks, für die Aufwendungen gemacht worden sind, sondern lediglich auf den Wertzuwachs ohne Arbeit. Leider müssen wir in dieser Beziehung von einer geradegau sträflichen Vernachlässigung reden; aber es ist noch nicht zu spät; denn gerade in der heutigen elenden Zeit ist der Wert des Grundbesitzes noch immer im Steigen begriffen. Sicherlich würde die allgemein und scharf durchgeföhrte Wertzuwachssteuer hohe Einnahmen bringen.

Aber auch der Wert des Grundbesitzes an sich, der in der Grundrente gutage tritt, muß weit mehr als bisher besteuert werden. Bisher wurden die Grundbesitzer nach dem Ertrag ihres Besitzes zur Steuer herangegangen, was ihnen die Möglichkeit gab, diesen Ertrag sehr niedrig einzusehen, ja durch Aufzähnung von allerlei Spesen, Unkosten und sonstigen Aufwendungen vollständig verschwinden zu lassen. Gab es doch bekanntlich Großgrundbesitzer, die aus ihrem Besitz so wenig herauswirtschafteten, wie sie behaupteten, daß sie weniger Steuern zahlten als ein Dorfschreiber oder ein Landbriefsträger, deren Einkommen offen gutage lag. Das war natürlich nur möglich, weil das Grundbesitz die Herrschaft im Staat und in der Gemeinde hatte und sich rücksichtslos auf Kosten der Arbeit vom Steuerzahler brachte. Eine Verteilung dieses himmelsbrechenden Unrechts ist dringend notwendig; die Besteuerung des Grund und Bodens nach dem sogenannten gemeinen Wert, also die Sozialisierung der Grundrente, muß deshalb unter allen Umständen durchgeführt werden. Nicht mehr nach dem Ertrag soll ein Grundstück besteuert werden; denn dann würde der Lüttige, der aus seinem Stück Land hohe Erträge herauswirtschaftet, dafür bestraft werden, während der Untertug, der sein Grundstück schlecht bewirtschaftet oder der es zu Spekulationszwecken unverarbeitet liegen läßt, noch obendrein durch eine niedrige Besteuerung belohnt werden; der innere Wert des Grundstücks soll den Maßstab für die Höhe der Steuer bilden, die natürlich progressiv abgestuft werden muß.

Um diesen Wert zu ermitteln, soll die Selbsteinschätzung eingeführt werden. Jeder Eigentümer soll selbst angeben, was ihm sein Grundstück wert ist. Das würde allerdings einer zu niedrigen Schätzung und Besteuerung Tür und Tor öffnen; darum wird von dem Bund deutscher Bodenreformer, die diesen Gedanken seit langem vertreten, folgender Vorschlag gemacht. Es scheint dem Staat oder der Gemeinde die Schätzung zu niedrig, so haben sie das Recht, dem Eigentümer zu sagen: „Wir übernehmen dein Grundstück zu dem von dir angegebenen Preise in unsern Besitz und verwenden es zum Wohle der Gesamtheit. Du hast selbst erklärt, daß es dir nicht mehr wert sei, und darum darfst du dich nicht beklagen, wenn wir es dir zum wahren Werte abnehmen.“ Gerade in heutiger Zeit, in der der Gedanke der Sozialisierung in der Luft liegt, erscheint die Durchführung der Selbsteinschätzung und der Möglichkeit einer Enteignung als ein geeignetes Mittel, um die Grundbesitzer zu ehrlichen Steuerzahldern zu erziehen und dadurch den Staaten und Gemeinden reiche Einnahmequellen zu erschließen. Die Wertzuwachssteuer und die Besteuerung des Grundbesitzes nach dem gemeinen Wert haben auch noch die gute Eigenschaft an sich, daß sie nicht auf fremde Schultern abgewälzt werden können, wie dies bei fast allen andern Steuern der Fall ist. Es liegt deshalb auch im Interesse der Gewerkschaften, für diese Steuern nach Gründen einzutreten.

Über die Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder
in den Monaten Januar bis einschließlich Oktober dieses Jahres zeigt unsere Verbandsstatistik folgendes Ergebnis auf:

Monat	Ob befristeten Mitarbeiter oder Ville ellen	Mitglieder in d. breit- esten Mit- s. Monats- schluss	Arbeitslose		Der 100 Mitgliedern waren Arbeitslos am Schluß der letzten Monats- woche		
			1919	1920	1919	1920	1919
Januar	148	46127	4811	7197	8,66	1,47	28,18
Februar	144	46261	5656	6880	9,26	1,17	21,64
März	159	48060	8269	8158	0,79	0,92	10,72
April	174	47056	2978	4984	0,74	0,67	8,70
Mai	170	52015	2282	2550	0,44	0,89	6,10
Juni	171	58088	2194	2979	0,20	0,87	5,90
Juli	158	58190	2718	3758	0,29	0,29	6,48
August	178	51692	9145	8890	0,91	0,28	4,96
September	162	52157	1598	8088	0,15	0,48	3,44
Oktober	165	52199	2404	2914	0,47	0,64	5,18
November	—	4511	—	—	0,66	5,25	9,81
Dezember	—	6894	—	—	1,88	18,18	11,99

Durch die neue Ausgestaltung des Reichs-Arbeitsblattes seit Oktober dieses Jahres ist eine Berichterstattung unseres über die Gesamtlage des Arbeitsmarktes im Baugewerbe, wie sie bisher seit Jahren allmonatlich erfolgt war, nicht mehr möglich, da die detaillierten Angaben über die einzelnen Berufe fehlen.

Eine Konferenz der sozialisierten Baubetriebe

tagte am 20. und 21. November in Karlsruhe. Der Newsletter des Bauarbeiterverbandes, Horster, eröffnete die Konferenz, indem er deren Einberufung begründete durch die Notwendigkeit, die im Bezirk bestehenden sozialisierten Baubetriebe im Interesse eines einheitlichen Aufbaus und einer gesunden Finanzierung begleitweise zusammenzuschließen. Zu Versammlungsleitern wurden die Kollegen Fischer, Karlsruhe, und Hug, Stuttgart, gewählt. Aus dem Bericht des Genossen Horster über Gründung, Aufbau und Stand der Bauarbeitergenossenschaften“ heben wir hervor: Die heutige Tätigkeit der Bauarbeiter-Produktivgenossenschaften hängt, wie das ganze Baugewerbe überhaupt, im wesentlichen von der allgemeinen Wirtschaftslage ab. Während des Krieges waren es die Militärbehörden, die die Bauaktivität lähmten, und dadurch trat dann der Wohnungsmangel ein. Man hätte glauben sollen, daß angesichts dieser Tatsachen eine Hochkonjunktur für das Baugewerbe einzehen würde. Die Leuerung und der Umstand, daß die Baumaterialienproduzenten vielfach unter die Bucherer und Schieber gingen, haben das aber verhindert. Es folgte dann der Schrei nach der Hilfe von oben. Die sozialistisch denkende Arbeiterschaft verlangte die Sozialisierung des Baugewerbes, und es war insbesondere der Deutsche Bauarbeiterverband, der auf seinem Weimarer Verbandstag sich mit dieser Frage eingehend beschäftigte. Nur in ganz geringem Umfang konnte die Bauaktivität aufleben. Trotz Wohnungsmangel haben wir nur Arbeitslosigkeit auch im Baugewerbe. Da eine Sozialisierung von oben nicht zu erwarten war, leiteten die Bauarbeiter die von unten her ein durch die Gründung von Produktivgenossenschaften. Die erste im Bezirk Karlsruhe entstand in Pforzheim, und zwar war der direkte Anlaß hierzu die Nichtbereitstellung tariflicher Forderungen der Arbeiter durch die Arbeitgeber. Es entstand spontan ein allgemeines Verlangen der Bauarbeiter nach Genossenschaften, deren Gründung allerdings nur ratsam ist, wo die organisierte Arbeiterschaft einen erheblichen Einfluß in den Kommunalbehörden besitzt. Die Unternehmer nahmen die neue Konkurrenz anfänglich überhaupt nicht ernst und beginnen erst seit einiger Zeit die Bauarbeiterproduktivgenossenschaften zu bekämpfen, zum Teil mit recht unsauberen Mitteln. Verschiedene Stadtverwaltungen haben schon längst die Ausbeutung durch die zusammengeschlossenen Bauunternehmer erkannt und wünschen eine Konkurrenz. Zurzeit beschäftigen die 12 Bauarbeiter zusammen etwa 800 Arbeiter und haben in der kurzen Zeit ihres Unternehmens bereits für über 9 Millionen Mark Arbeiten übernommen.

Unter den 50 000 im Bezirk wohnenden baugewerblichen Arbeitern muß kräftiger als bisher für die sozialisierten Betriebe agitiert werden. Mit den Genossenschaften haben wir bisher nur gute Erfahrungen gemacht, und diese haben manchmal ein Drittel, mitunter die Hälfte der Bauaktivität beherrscht. Siegt und Gemeinde

haben mindestens 2 Millionen Mark an Baukosten gespart. Wenn es uns gelingen sollte, durch festen Zusammenschluß die Bautätigkeit ganz zu beherrschen, dann haben wir die eifreie Sozialisierung des Baugewerbes.

Sodann referierte Fischer über: "Die Geldaufbringung, Vergütung und Rückzahlung der Darlehen". Rechtliche Beiträge, Darlehen der Mitgliedschaft, des Verbandsvorstandes und des Verbandes sozialisierter Bauunternehmungen sind die bisherigen Geldquellen der Genossenschaften. Nur in engstem Zusammenhang mit den gewerkschaftlichen Organisationen kann die Finanzfrage gelöst werden. In unsern Unternehmen muß echter genossenschaftlicher Geist herrschen, wir wollen und dulden keine wilden Aktionärsgruppen. Vielmehr soll in sozialistischer Zusammenarbeit aller Kopf- und Handarbeiter im Baugewerbe die sozialistische Theorie in die Praxis umgesetzt werden.

Die anschließende Diskussion ließ eine tiefgründige Sachkenntnis und eine große Hingabe der Delegierten für das begonnene Werk der Sozialisierung des Baugewerbes erkennen. An Hand von Beweisen wiesen verschiedene Redner darauf hin, wie die Unternehmer in ihrer nächsten Gewinnsucht die Baukosten um mindestens 80 bis 100 % herabsetzen. Erst seit dem ernsthaften Dazwischenkommen der Bauarbeiterproduktivgenossenschaften sind die Unternehmer da und dort wieder etwas mässiger geworden mit ihren Gewinnansprüchen. Leider erhalten die Genossenschaften der Bauarbeiter noch nicht die verdiente Unterstützung, insbesondere auch seitens staatlicher und kommunaler Behörden, wenn es sich um die Vergabeung von Bauarbeiten handelt. Aus lauter "Mittelstands"-Netterei vergibt man lieber die Arbeiten an die teureren Privatunternehmen als an die Produktivgenossenschaften der Bauarbeiter, die zumeist nicht nur wesentlich niedrigere Angebote einstreben, sondern zudem in der Regel die höchsten Facharbeiter beschäftigen. Der dreimal geheiligte Profit muß eben von den bürgerlichen Gemeinde- und Staatsfürserschaften zunächst geschüttet werden, mag über die Gewinnsucht des Unternehmertums das Volk zugrunde gehen. Vom Genossen Bössi, Karlsruhe, wurde gewünscht, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den Gemeindelosigkeiten und die Landtagsglieder mehr für die Bauarbeitergenossenschaften eintreten sollten.

Die Verhandlungen am Sonnabormittag wurden ausgefüllt durch ein sachkundiges Referat des Baurats Wagner aus Berlin über "Die Förderung des Verbandes sozialisierter Baubetriebe und die Finanzierung derselben" und die sich hieran anschließende Diskussion. Sowohl die vorläufigen Ausführungen des Referenten als auch die Diskussionsreden brachten eine Fülle von praktischen Anregungen für den organisatorischen und finanziellen Ausbau der sozialisierten Baubetriebe. Das Ergebnis der Verhandlungen wurde zusammenfassend in nachstehender Resolution, die einstimmig angenommen wurde:

"Die am 20. und 21. November in Karlsruhe tagende Konferenz der baugewerblichen Organisationen erkennt die Notwendigkeit der strafferen Zusammenfassung der sozialisierten Baubetriebe an und stimmt daher der Gründung einer Bezirksgegenheit nach den vom Baurat Dr. Wagner, Berlin, vorgelegten Entwürfen zu.

Der Ausdruck zur Gründung von sozialisierten Baubetrieben in Karlsruhe wird beauftragt, die weiteren Vorarbeiten zur Gründung der Bezirksgegenheiten in die Hand zu nehmen und in nächster Zeit die Gesellschafter zur Gründungsversammlung einzuladen."

Lohnbewegungen.

Coblenz. Am 7. November fand eine gut besuchte Versammlung statt, die sich mit neuen Lohnforderungen beschäftigte. Einstimmig wurde beschlossen, einen entsprechenden Lohnaufschlag einzureichen mit Rücksicht auf die allgemein eingetretene und weiter steigende Teuerung. Die Verhandlungen fanden am 22. November statt. Nach längerer Aussprache wurde eine Lohnhöhung von 1 M. vom 28. November an vereinbart, so daß der Lohn 7,20 M. beträgt.

Cöln. Das mit der Maler- und Anstreicherinnung abgeschlossene Lohnabkommen vom 26. Juni hatte bis zum 1. Oktober Gültigkeit. Eine Versammlung am 14. September beauftragte die Lohnkommission, das bestehende Lohnabkommen bis 1. Januar zu verlängern. Dieser Verlängerung des Lohnabkommen wurde die Bestimmung hinzugesetzt, daß auch vor dem 1. Januar 1921 eine Neuregelung der Löhne vorgenommen werden könne, wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse wesentlich ändern sollten. Die seit den ersten Oktoberwochen eingetretene Teuerung gab Veranlassung, neue Forderungen zu stellen. Die Lohnkommission wurde beauftragt, eine Lohnsteigerung von 25 % zu fordern. Auf jüngere Einigung teilte Herr Obermeister Ahl mit, daß sich die Cölnische Innung wieder dem Rheinisch-Westfälischen Innungsverband angeschlossen habe und stellte es der Organisationsleitung anheim, an den zentralen Verhandlungen in Essen teilzunehmen. Die Organisationsleitung lehnte die zentralen Verhandlungen ab, da der Cölnische Tarifvertrag ein Tarifvertrag sei. Der Geschäftsführer wurde beauftragt, die Zentralstelle Bonn in Essen zu vertreten.

Der Leiter der zentralen Verhandlungen in Essen, Herr Kattenbrock, teilte im Auftrage des Innungsverbandes mit, daß die bestehenden einzelnen Verträge dem Rheinisch-Westfälischen Bezirkstarif eingefügt werden müssten; wenn dieses geschehe, seien sie zum Entgegenkommen bereit. Der Cölnische Vertreter erhob Einspruch gegen dieses Ansinnen. Nach längeren Verhandlungen kamen die Parteien überein, daß der Vertrag für Cöln bestehen bleibt und nur über die Neuregelung der Löhne verhandelt werden soll. Das Resultat der Verhandlungen sollte jedoch den Cölnischen Kollegen zur Abstimmung unterbreitet werden. Da die Arbeitgeber auf eine weitere Staffelung der Löhne bestanden, scheiterten die Verhandlungen. Die Verhandlungsteilnehmer kamen überein, den Staatsschafftmann um Vermittlung anzufragen.

Da der Staatsschafftmann für das betroffene Gebiet nicht zuständig ist, versuchte unsere Filialverwaltung nochmals, gezeigt auf diese Tatsache, örtliche Verhandlungen in die Wege zu leiten. Nach anfänglichem Sträuben kamen örtliche Ver-

handlungen am 29. Oktober zustande. Die Notlage der Gehilfen, die durch die sprunghafte Teuerung eingetreten war, wurde von den Arbeitgebern unumwunden anerkannt. Sie machten den Vorschlag, eine Zulage von 50 % auf die bestehenden Löhne zu bewilligen; weitere 28 % Zulage pro Gehilfe sollen in eine Klasse steigen und als Rörschlag in Wege der Umfrage verrechnet werden. Die Arbeitgeber begründeten die soziale Zulage damit, daß unter den unnormalen Verhältnissen es den Verteilungskräften nicht möglich sei, auszukommen, und die Gedanken zu viel verdienten und die Mehrzahl das Heil leichtsinnig verprachte. Wir machen unsere Bedenken gegen diese soziale Entlohnung scharf geltend. Diese Frage muß erst von den Gehilfen eingehend beraten werden. Auch reiche eine so tief einschneidende Frage über das Lohngebiet Cöln hinaus. Die Information der Centralleitung sei ebenfalls notwendig. Die Arbeitgeber bezeichneten ihr Angebot als leutes Wort. Um die Verhandlungen nicht scheitern zu lassen, wurde vereinbart, den Mitgliedern über das Angebot Bericht zu erstatten.

Eine Vertrauensmännerversammlung, die sich mit dieser Frage beschäftigte, lehnte einstimmig die soziale Entlohnung ab und beauftragte die Kommission, der Innung den Vorschlag zu machen, die Löhne über 20 Jahre um 50 % und die unter 20 Jahren um 70 % pro Stunde zu erhöhen. Die Innung versammlung lehnte diesen Vorschlag ab und beschloß, ab 6. November den Gehilfen über 20 Jahre 78 % und den Gehilfen unter 20 Jahren 68 % Zulage pro Stunde zu gewähren. Mit dieser Zulage werden die Löhne der Bauarbeiter erreicht. Beide Parteien haben sich seit dem letzten Streik 1919 auf diesen Standpunkt festgelegt. Die Arbeitgeber erklären: Keinen Penny mehr als die Bauarbeiter! Wir erklären: Keinen Penny weniger als die Bauarbeiter! Gleichzeitig wird uns als Beschluss der Innung versammlung mitgeteilt, daß in Zukunft nicht mehr direkt verhandelt werden soll und wir uns diesbezüglich an den Rheinisch-Westfälischen Innungsverband wenden sollen.

Eine Mitgliederversammlung am 11. November nahm zu dem Angebot der Innung Stellung und nahm es nach längerer Aussprache an. Es wurde beschlossen, an den bestehenden Tarifvertrag festzuhalten und somit ebenfalls an die örtliche Regelung der Löhne. Durch das neue Lohnabkommen betrugen die Mindestlöhne für Gehilfen über 20 Jahren 7,20 M. und für Gehilfen unter 20 Jahren 6,98 M. Das Abkommen hat Gültigkeit bis 1. Januar 1921. Da die Arbeitgeber des unteren Kreises Solingen den Tarifvertrag von Cöln anerkannt haben, wurden die dortigen Meister durch Rundschreiben von der Neuregelung der Löhne in Kenntnis gesetzt. Soweit wir feststellen konnten, werden die neuen Löhne überall gezahlt.

Lackierer.

Bremen. Die Lohnbewegung der Lackierer auf den Bremer Karosseriewerken, vormals Louis Gaertner A.-G., wurde durch Verhandlungen nach dreitägigem Streit beendet. Nachdem die Direktion am 19. November zunächst nur 15 % pro Stunde zugestehen wollte, verlangten unsere Kollegen, die ihre Forderung auf 50 % erhöht hatten, bis zum 19. November, abends, Antwort von der Direktion, ob diese Forderung bewilligt werde oder nicht, wibrigenfalls die Lackierer am nächsten Tage die Arbeit nicht mehr aufzunehmen würden. Die Direktion machte wohl weitere Zugeständnisse, aber nicht im Sinne unserer Kollegen, so daß am nächsten Morgen keiner im Betrieb erschien. Inzwischen war die Forderung auf die übrige Arbeiterschaft des Betriebes ausgedehnt. Am Montag, 28. November, wurde durch Verhandlung zwischen Arbeiterrat und Direktion der letzteren weitere Zugeständnisse abgerungen, so daß im allgemeinen 40 % pro Stunde als Lohnhöhung bewilligt wurden und eine schnelle Regelung der Akkordpreise verprochen wurde. Nur durch das geschlossene Handeln unserer Kollegen wurde diese Bewegung nach dreitägiger Arbeitsniederlegung beendet.

Cöln. Die Arbeiter der Firma v. d. Byen, Waggonfabrik, Deutz und die Arbeiter der Gasmotorenfabrik, Deutz, sind am 20. November in den Ausstand getreten. Von uns kommen 230 Kollegen in Frage. Ungelegte Verhandlungen unter Leitung des Herrn Regierungspräsidenten führten zu keinem Ergebnis, da die Arbeitgeber die Wiederaufnahme der Arbeit verlangten, bevor sie zu Zugeständnissen bereit sind. Die Forderung lautet auf 1 M. Zuschlag zu den bestehenden Löhnen. Der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses lautete auf 80 % Zuschlag. Der Schiedsspruch ist von beiden Parteien abgelehnt worden.

Worms. Die in der Möbelindustrie beschäftigten Lackierer machten gemeinschaftlich mit den Holzarbeitern einen Vorschlag wegen Lohnhöhung. In der am 19. November vor dem Schlichtungsausschuß stattgefundenen Verhandlung wurden Lohnhöhungen von 75 bis 85 % erreicht. Der Höchstlohn beträgt nunmehr 5,75 M.

Dalsheim bei Worms. In der Möbelfabrik von Merkel stehen die Lackierer und Holzarbeiter erneut im Abwehrkampf. Vordem hatte schon eine Arbeitseinstellung im Oktober stattgefunden und nahm man nach Wiederaufnahme der Arbeit an, daß ein gedeihliches Zusammenarbeiten möglich sei, aber weit gefehlt. Herr Merkel will eben den Herrn im Hause-Standpunkt nicht aufgeben. Er hängt erneut Lohnverschlechterungen in seinem Betrieb aus; unter anderem soll die Arbeitzeit pro Tag 9 Stunden betragen, was die gesamte Arbeiterschaft einstimmig ablehnt. Hoffentlich gelingt es, diesen Herrn auch bald zur Anerkennung der Organisation sowie des Tarifvertrages zu bringen. Vor Zugang wird gewarnt!

Aus unserm Beruf.

Riel. (Situationsbericht.) In unserer letzten Mitgliederversammlung wurde vom Kassierer der Kassen- und Vierteljahresbericht gegeben. Diesem ist zu entnehmen, daß, wie in den vorhergehenden Quartalen, auch im dritten Quartal von einer guten Konjunktur nicht berichtet werden kann. War die Arbeitslosigkeit auch keine besonders große, so muß hierbei in Betracht gezogen werden, daß eine große Zahl Kollegen nicht im Beruf tätig ist und darüberhinaus auch wohl nicht daran denken kann, im Berufe wieder Beschäftigung zu finden. Um im weiteren Bericht nicht noch einmal auf die Arbeitslosigkeit zurückkommen zu

müssen, muß festgestellt werden, daß die Arbeitslosigkeit in den letzten beiden Wochen ganz erheblich zunommen hat. Wohl alle Kollegen werden sich die lange Frage beigelegt haben: Wie lange werde ich das Los der Arbeitslosigkeit zu tragen haben und nicht für meine Familie ausreichend sorgen können? Ganz kann im allgemeinen der Kassen- und Mitgliederbestand als günstig bezeichnet werden. Trotz der nicht geringen Ausgaben war es möglich, den Kassenbestand von 18 457,18 M. auf 20 102,19 M. zu steigern. Dazu kommt noch ein Guthaben bei der Hauptkasse von 2724,84 M. Diese Überschüsse müssen aber durchaus genutzt werden, ja, sie genügen noch gar nicht um allen Verpflichtungen entsprechen zu können. Da die Freizeitigkeit noch immer wesentlich bedrängt ist, war insbesondere 27 Neuauflagen auch nur eine Mitgliederzunahme von 78 Mitgliedern zu verzeichnen. Der Mitgliederbestand vom zweiten Quartal konnte also erhalten bleiben, ja, noch eine geringe Zunahme an Mitgliedern erzielt werden. Der Mitgliederbestand bezug am Schluß des dritten Quartals 867, nach 18 Wochenbeiträgen betrug net 870 Mitglieder. War es auch nicht zu vermieden, 8 Mitglieder wegen rückständiger Beiträge zu streichen, so kann doch die Beitragszahlung eine günstige genannt werden. Es entfallen insbesondere der beitragsfreien Mitglieder auf jedes Mitglied 18,06 Marken. Gegenüber dem dritten Quartal 1919 bedeutet dies eine Steigerung von 0,81 Beiträgen auf jedes Mitglied. Das dieses günstige Ergebnis ergibt werden konnte, liegt vor allem an dem Pflichtbewußtsein der Mitglieder selbst, zum andern aber auch an den Haushältern, die ihre übernommene Tätigkeit ernst genommen haben. Wenn auch lernend eine regelmäßige Buchkontrolle auf den Arbeitsplätzen stattfindet und die Haushälter in ihrem bewiesenen Eifer nicht erlahmen, werden wir in Zukunft nicht nötig haben, wie es jetzt noch geschehen mußte, 0,80 rückständige Beiträge auf die Mitglieder berechnen zu müssen. Was zu wünschen steht ließ, war der Besuch der Mitgliederversammlungen. Diesem Mangel abuhelfen, muß Sache jedes eingetragenen Kollegen selbst sein. Unter keinen Umständen können wir uns damit zufrieden geben, nur Mitglieder zu werben, sondern die geworbenen Mitglieder müssen geschult, müssen diszipliniert werden. Mit einer undisziplinierten Mitgliedschaft können keine Erfolge gezeigt, können keine nicht zu vermeidende Kämpfe geführt werden. Um aufklärend zu wirken, ist ja überall Gelegenheit vorhanden, vor allem aber müssen die Versammlungen besucht werden. Erfreulicherweise ist in Stiel, wie auch in unserer angeschlossenen Bahnhofsstation eine Lohnhöhung, wenn auch nur eine geringe, überall in Erscheinung getreten, teils durch zentrale, teils durch örtliche Verhandlungen und Vereinbarungen. Haben wir jetzt auch eine sogenannte Zeit vor uns liegen, so muß doch unablässig eine rege Agitation weiter betrieben werden. Der letzte unorganisierte Kollege muß als Mitglied gewonnen werden, dann wird am Vorwärtskommen uns niemand behindern können.

Eingesandt.

Opposition mit und ohne Grundsatz!

Was soll die Opposition in unserer Gewerkschaft tun? Um jeden Preis Opposition machen? Nein! Sie hat wichtige und viel schwierige Aufgaben zu erfüllen innerhalb der Organisation; denn sie soll dort Grundsätze vertreten und ihre Wege zeigen, wie die Grundsätze verwirklicht werden können. Das ist viel schwerer, als um jeden Preis Opposition zu machen.

Opposition heißt sich negativ verhalten, und sich dem entgegenstellen, was sie andern tun. Über es genügt nicht, etwas zu verhindern; wir müssen an Stelle des Abzulehnenden selbst etwas Besseres vorschlagen. Und daran hat es stets gefehlt. Es wurde stets Opposition gemacht, aber es wurden keine Wege gezeigt, wie man es anders und besser machen kann, und eine solche Opposition ist ungern. Unter Umständen ist es vielleicht auch ein Verdienst, wenn die Opposition eine Dummkopf verhindert. Aber das Nichtstun bringt die Bewegung nicht vorwarts. Opposition ist so ziemlich bequem, weil eine Gewerkschaftsleitung mit den verschiedenen Strömungen in ihren Mitgliederkreisen zu rechnen hat. Und weil zur Opposition sich diese verschiedenen Strömungen aus ganz verschiedenen Beweggründen zusammenfinden können, sie der Mitgliedermehrheit oder Filialleitung unbedeckt werden. Es gibt sogar Leute, die es für eine "nützliche" Opposition halten, wenn sie den einzelnen Verwaltungsmitgliedern alle möglichen Schwierigkeiten machen, ihnen ein Bein stellen, um sie darüber stolpern zu lassen. Aber noch schlimmer ist es, wenn ein Oppositionsmann, der immer gegen die Zentrale der Gewerkschaften und gegen die Gewerkschaftsbürokratie mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln gewettert hat, an eine führende Stelle kommt, seinen Oppositorgeist vergißt und alles, was er früher den anderen stets vorwarf, jetzt selbst in erhöhter Würde betreibt. (So mancher Saulus ist zu einem Paulus geworden. Kollegen, die früher nicht aktiv am Verbandsleben beteiligt waren, sind viel leichter zum Opponieren bereit als die Kollegen, die kräftig mitarbeiten und aus eigener Erfahrung die Schwierigkeiten kennen, die zu beseitigen sind. D. Red.) Wenn wir Opposition treiben wollen, dann müssen wir auch Grundsätze vertreten, die Mitglieder in den Gewerkschaften aufrütteln und praktische Vorschläge machen, bis wir unser Ziel erreichen.

Kürzlich erklärte ein Oppositorredner, er lehne es ab, die Leitung seine Gedanken zur Verfügung zu stellen, da die Leitung diese Gedanken nachher als die ihren ausgabe. Diese Auffassung ist falsch, die Opposition hat allerdings die Aufgabe, ihre Gedanken und Kräfte der Arbeiterschaft zur Verfügung zu stellen, und sie nicht bloß hinterher leuchten zu lassen, nachdem die Filialleitung etwas versäumt hat. Da zeigt sich oft ein großer Widerspruch. Wenn man auf der einen Seite sagt, daß die Angestellten nur ausführende Organe sein sollen, müssen die Mitglieder selbst denken und leiten. Wo letzteres nicht genügend geschieht, werden die Angestellten auch geistig herrschen. Von einem Mangel an Anregungen innerhalb der Gewerkschaften kann keine Rebe sein. Da ist zum Beispiel die

genossen der Arbeitsgemeinschaften. Verschlebene Gewerkschaften haben sie bereits abgelehnt. Wo das noch nicht geschehen ist, muß das die Opposition beantragen; auch muß eine klare Sichtung zum nächsten Verbandsstag eine Voraussetzung werden. Mehrere Gewerkschaften stehen auf dem Standpunkt, daß die Betriebsräte nicht nur zu Böhnen und Arbeitsschutzen Stellung nehmen sollen, sondern auch berufen sind, die Produktionskontrolle zu übernehmen. Aber dies alles kann nur durchgeführt werden, wenn die Opposition nicht nur Opposition macht, sondern wenn sie mit konstruktiven Vorschlägen vortritt und versucht, diese jünglich zu begründen. Eine Opposition gegen die Gewerkschaftsbestimmten zu betreiben, um lediglich mit der Zeit selbst bereit Waffen zu besitzen, ist zwecklos. Also: Opposition muß sein, nicht bloß gegen die Beamten, sondern auch gegen die Mitglieder selbst; denn gerade diese begreifen in der heutigen traurigen Zeit so viele Fehler, daß es höher nicht mehr geht. (Siehe Firmu Rudi & Mat.)

28.9.1920, Stuttgart.

Auf das Eingesandt im "Vereins-Anzeiger" Nr. 47 bin mich ich beobachtet, daß einzelne Kollegen sich von Fachleuten nicht viel versprechen. In Solingen haben wir mit der Malerinnung einen Hochkurs eröffnet, und mit großer Liebe nahmen von 79 organisierten Kollegen 54 daran teil, ferner 4 Lehrlinge und 8 Meistersöhne. Wir müssten sogar eine ganze Anzahl Schüler zurückholen, weil nur 3 Klassen bestanden, und die Raumlichkeiten sehr knapp sind. Eine große Teilnehmerzahl wünscht auch, daß jede Klasse höchstens von 20 bis 25 Schülern besucht würde, damit jeder etwas lerne. Diese Motivendigkeit bestätigt auch der Fachlehrer. Unterricht wird erstellt in einer Klasse Gold- und Staermalerei, in der andern Klasse Malen nach der Natur, Schrift- und Dekorationsmalerei, und zwar 2 Abende und einen Nachmittag für jede Klasse. Der Unterricht besteht aus einem Fachlehrer, einem Gold- und Staermaler und einem Dekorationsmaler. Die Kosten sind auf 80,- pro Teilnehmer festgelegt. Die Einrichtung wurde von der beständigen Malerinnung besorgt, weil diese sofort für gute Motive Interesse hat; aber auch unsere Organisation hat sehr vieles dazu beigetragen, daß diese Kurse aufzuhören kommen. Gewiß muß vorher die nötige Ausklärung in den Kollegenkreisen gegeben werden, dann ist auch etwas zu erreichen. Es ist in Solingen das erstmal, daß ein solcher Fachunterricht errichtet wurde. Zu begrüßen ist es, doch hier gerade die jüngeren Kollegen daran teilnehmen; diese sind es doch gerade, die dazu berufen sind, unsern Beruf wieder zu leben. Wir haben im Kriege gerade genug verloren und verloren. Mögen nur überall unsere Verbandskollegen kräftig eingreifen und den Mut nicht gleich verlieren, dann muß es vorwärts gehen.

Paul Ost, Solingen.

Mit regem Interesse habe ich im "Vereins-Anzeiger", Nr. 40, den Artikel von der Böhnenbewegung in den Cölner Kunstdrägerfabriken gelesen, und es fiel mir auf, daß die Böhnenbewegung von 4 Verbänden geführt werden mußte; dies kann unmöglich für die Kollegenschaft von Vorteil sein. Wenn auch in dieser Berufssparte in München das Organisationsverhältnis leider noch nicht so ist, wie es sein könnte, so ist doch ein gesundes Verhältnis zu vernehmen, weil die Kollegenschaft überwiegend unserem Malerarbeiter angehört, und wie könnten deshalb den Unternehmern gegenüber anders verhalten, als wenn wir zusammen wären. Unsere letzte Böhnenverhandlung wurde fast gleichzeitig mit der der Buchdrucker abgeschlossen und unsere Böhne passen sich denen der Buchdrucker an. Wenn man bedenkt, daß in diesen Betrieben die Organisation erst 1919 Fuß fassen konnte, so brauchen wir uns mit dem Ergebnis nicht zu schämen. Ende September hat der Verband der Böhlenerarbeiter für seine Mitglieder Böhne abgeschlossen, die nicht gerade imponierend sind und den Beziehungen durchaus nicht Rechnung tragen, so beispielsweise für Nacharbeiter über 24 Jahre in Berlin 2,92 M. bis 4,4 M., die Böhne der übrigen Arbeiter und Arbeitnehmer sind noch niedriger. (Siehe "Ameise", Nr. 41, vom 8. September 1920). Da erinnere ich mich so sehr der Überschrift der "Ameise", Verbandsorgan der Böhlenerarbeiter- und verwandter Berufe: "Immer strebe zum Gehen, und kannst Du selber kein Gangen werden, als dienendes Glied schließe an ein Gangen Dich an!"

Ich hätte schon manchmal gewünscht, daß die Böhlenerarbeiter sowie besonders die Arbeiterschaft der Figurenengeschäfte diesem Wahlspruch mehr huldigen würden. Wir in München haben diesen Wahlspruch befolgt und haben uns dem Malerarbeitsverband angeschlossen, bestätigen die Münchener Schriftsteller, entgegen dem Berliner Schriftsteller, und wir kommen vorwärts. Möchte die Kollegenschaft der Cölner Figurenengeschäfte ebenso diesem Wahlspruch huldigen, dann könnten bald Provinz- und Landesstatistiken abgeschlossen werden und so der Grundstein für einen Reichstarif gelegt werden.

Heinrich Simon, München.

Aus Unternehmerkreisen.

Die Arbeitgeber im Malergewerbe auf dem Kriegspfabe. Auf dem 16. Verbandsstag des Süddeutschen Malermeisterverbandes in Ingolstadt ging Herr Malermeister Gustav Staiger den Gehilfengenossenschaften und den Betriebsräten mit einem Referat zu Seine. Der am Schlusse des Berichts in Nummer 28 der "Süddeutschen Malerzeitung" verzeichnete reiche Beifall zeigt, daß der Vortragende wohl auch die Zuhörer dem "Mittelstand" angehören, der allem Fortschritt abgeneigt ist, und der darauf hält, daß Ruhe und Ordnung im Gemeinwesen herrscht. Die Genossenschaften sind der Pfahl im Fleische unserer Handwerksmeister; denn bei Lohnforderungen sind sie die ersten, die bewilligen. Geben die Meister nicht gleich nach, wird ein Streik oder eine Aussperrung inszeniert, in der Genossenschaft wird weitergearbeitet und diese nimmt den ehrenbaren Meistern die Arbeit weg. Ganz besonders aber trifft das auf unsere Malergenossenschaft in Nürnberg zu; diese hat Herr St. entstehen, wachsen und gediehen sehen. Nach der großen Aussperrung im Jahre 1918, die angeblich von den Süddeutschen nicht gewünscht war, haben gute Gehilfen durch-

keine Anteilsscheine das Betriebskapital ausgebracht, wo dann der übermäßige Geschäftsgewinn nicht in die Tasche des Unternehmers geht, sondern mehrere davon beteiligt sind. Damit haben natürlich die guten Gehilfen die Stadt gebrochen, indem sie hier gegen die künstlich hergerührte Unsicherheit in der Gewerbemöglichkeit und gegen Unternehmertum wehrten. Durch die Tat aber haben sie bewiesen, daß es sehr gut ohne die überschlaue Handwerksmeister geht, denen noch heute Streit um Verbesserung der Böhne und Arbeitsbedingungen und Aussperrung zur Sprung der Arbeiterschaft ein und dasselbe ist. Die Genossenschaft durch den blutroten Stadtrat, über die Ausweitung von Arbeiten aus reiner Parteipolitik, würde bei einer recht ernsthaften Prüfung wohl kaum wieder in der Form noch dem Inhalt noch aufrechterhalten werden. Einmalen in früheren Jahren gewisse Geschäfte ein Privilegium für kommunale Arbeiten zu haben schien. "Das Geld ist die Gemeinde wird von der Allgemeinheit aufgebracht", rief Herr St. mit Empfinden aus, und sein Standpunkt glauben, es für sich allein in Anspruch nehmen zu dürfen. Also es dürfen doch auch nicht ein oder zwei Malermeister den Mehrwertdienst von circa 90 Gehilfen in die Tasche stecken.

Ein Artikel des "Vereins-Anzeiger" über die Ausgaben der Betriebsräte wird in demselben Dieselat als Antrieb zur Vergewaltigung als Raubpolitik bezeichnet. Nicht auf geradem Wege, sondern hinten herum sollte versucht werden, im Moment der Besitzergreifung der politischen Macht durch das Proletariat die Fortführung der Produktion zu ermöglichen. Mit Schaudern wird zugegeben, daß die Gleismacherei sogar schon Malermeister ergriffen hätte. Das Malergewerbe als ausgesprochenes Kleingerwerbe hat es ganz sicher eines Anfalls von Selbständigen und Selbständigenmouenden schon zur Genüge Margenacht, daß diese Betriebserwerbe selbst im kapitalistischen Zeitalter eine recht rückständige Produktionsform, eine schädliche Spaltung der Kräfte und eine Vergeudung von Materialien darstellen; demgegenüber ist die Zusammenfassung in Produktionsgenossenschaften ein viel vollkommeneres System, das freie Bahn allen Tüchtigen gewährt. Der Handwerksbetrieb leidet der Entwicklung der körperlichen und geistigen Fähigkeiten der Verursachenden doch soviel Widerstand, daß ein Gruben aus den Fesseln der alten Vertriebsweise von allem aufstrebenden Nachwuchs als größte Wohltat angesieht werden wird.

Die Leistungsfähigkeit der Genossenschaften können selbst diese Gegner nicht ableugnen. Nicht einfach und begreiflich argumentiert man, daß es nur am schlechten Willen und der Ungehorsamkeit der Gehilfen liege, wenn auch gehobene Geschäfte die Ausführung von Arbeiten ab und zu nicht so genau vornehmen. Natürlich sind nur die bösen Gehilfen daran interessiert, mal einen Anstrich zu sparen, damit sie auf der andern Seite den immer höheren, bis ins Phantastische steigenden Leistungsansprüchen ihrer Arbeitgeber genügen. Dies erinnert, denn doch allzu sehr an den bekannten Spitzbubentrick, selbst am lautesten "Halte den Dieb" mitzurufen.

Der Gebanke der Sozialisierung besteht solange es eine moderne Arbeitersbewegung gibt, und auch wie Malergehilfen werden nicht rasten, sondern an der Seite der gesamten Arbeiterschaft kämpfen, bis das Ziel, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel erreicht ist.

Auf einer Konferenz des 7. Bezirks diskutierte vor Jahren ein Kollege, daß der Fortschritt in Ingolstadt schmerzhaft finde, da so die Festungsmauern die Stadt umgeben. Die Festungsmauern sind gesunken; immer noch aber suchen Rückenschrittssteller gelegentlich hinter den Trümmern Schutz. Wer rascht, rostet; das ist längst überholt; wer nicht vorwärts geht, geht zurück.

Niedersächsischer Malerbund. Unter diesem Namen ist in Hannover wieder ein neuer Verband von Malermeistern gegründet worden mit dem Sitz in Hannover, von dem man erhofft, daß ihm die Arbeitgeber des Malergewerbes in Hannover und Braunschweig beitreten. Der Bund will neben der Verfolgung wirtschaftlicher Ziele vor allem kulturelle Aufgaben des Malergewerbes zu lösen suchen. Er will seinen Mitgliedern Anregung in künstlerischem Sinne zur Vortontwicklung ihres Gewerbes geben unter Berücksichtigung der niedersächsischen Eigenart. Dem Bund für das deutsche Malergewerbe will er sich anschließen.

Baugewerbliches.

Die Lage des Baumarktes im Oktober zeigt nach den Berichten des "Reichsarbeitsblattes" nur vereinzelt Anzeichen einer Wiederherstellung gegenüber dem Vorvoronat. Die Tatsache schon allein, daß zwei Verbände, die Reichsarbeiterschaft für das Baugewerbe und der Reichsverband der Wohnungsfürsorgegesellschaft, sich mit Mahnungen an die Öffentlichkeit wandten, ist kennzeichnend für die schweren Fragen, vor die das Baugewerbe gestellt ist; es sind Probleme, die im Septemberbericht der Leipziger Zeitschrift "Baumaterialienmarkt" an das "Reichsarbeitsblatt" dahin gekennzeichnet werden, daß der Baumarkt nach wie vor an dem Mangel an Baumaterialen und die Stockung ihre Hauptursache in dem Ausbleiben weiterer staatlicher Zusätze habe. "Dem Baumarkt kann nur dadurch geholfen werden, daß die Frage der Beschaffung ausreichender Gelbmittel gelöst wird und daß ein Preisabfall für die gesamten Baustoffen eintrete, der auch dem Privatpublizistik die Angriffsrichtung von Bauten wieder ermöglicht." Erfreulicherweise zeigt sich, daß man die Frage der Geldbeschaffung neuerdings mit Nachdruck und von den verschiedensten Stellen aus betreibt, so daß ein gewisser Erfolg dieser Bemühungen erwartet werden darf. In Betracht kommt unter anderem auch die Verwendung von Mitteln aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge für Bau Zwecke. Einiges könnte zur Belebung der Bautätigkeit auch die Aufhebung des Verbots von Lugsbauten beitragen. Nachdem an Baustoffen aller Art infolge der diesjährigen Baupause kein Mangel herrscht, dürfte kein triftiger Grund für das Verbot mehr bestehen. Wenn auch durch Lugsbauten die Wohnungsnott nur in kleinem Maße mit beseitigt wird, so werden doch durch die Errichtung baratiger Bauten eine Menge Arbeitskräfte beschäftigt. In Hessen ist denn auch bereits das Verbot der Errichtung von Lugsbauten auf-

gehoben worden." Für Mitteldeutschland wird erfreulicherweise eine sichtbare Belebung der privaten Bauaktivität, die namentlich auch auf dem platten Lande der mitteldeutschen Bezirke die Schaffung verhältnismäßig zahlreicher neuer Wohnungen zur Folge hat, festgestellt. Nach Heimungsberichten ist in Thüringen die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe stark zurückgegangen. Auch im Braunkohlen- und Erdölrevier sind, wie die "Tonindustrie-Zeitung" berichtet, umfangreiche Wohnbaumaßnahmen in Angriff genommen worden. In der Provinz Sachsen waren während des Krieges rund 41 400 Gebäude völlig zerstört worden. Der Wiederaufbau soll sich auf etwa 38 000 Gebäude erstrecken. Bis Ende des laufenden Jahres werden noch Herstellung der "Tonindustrie-Zeitung" etwas über 25 000 Gebäude wieder aufgebaut sein, so daß für das nächste Jahr noch etwa 6200 Gebäude zu erstellen sein würden. Das Haupthindernis für die beschleunigte Fertigstellung des Aufbaues war die außerordentliche Knappheit an Baustoffen, insbesondere der empfindliche Mangel an Ziegeln, wie an Ziegelzeugnissen überhaupt, ferner die Knappheit des Holzes, Zementes, Kalkes usw. Die besonderen Verluste der "Tonindustrie-Zeitung" an das "Reichsarbeitsblatt" weisen darauf hin, daß der ostdeutsche Baumarkt ein etwas erfreulicheres Bild als der Süd- und Westdeutschlands bietet. Besonders gilt dies für Ost- und Westpreußen, soweit sie deutsch geblieben sind, während Schlesien verhältnismäßig still lag. Hier ruhte die private Bautätigkeit zum großen Teile. In Beuthen hat sich die Beschäftigung durch Ausführung von Betriebsbauten etwas gehoben, auch Siedlungsbauten sind in Angriff genommen worden. Im Gumbinner Kreise war der private Bau lebhafter als die öffentliche Bautätigkeit. Der Bau lag in Nord- und Mitteldeutschland im allgemeinen still. Allerdings machten sich in einigen Gebieten, wie in Dresden, Hildesheim, Hameln und im südwestlichen Holstein, durch das Eingreifen von Großbanken und Großindustriellen Anzeichen einer Wiederbelebung bemerkbar. In Westdeutschland ruhte, abgesehen von dem Gebiete um Unna, die Bautätigkeit geradezu vollkommen. Nur hier und da wurden noch einige öffentliche Bauten fertiggestellt. Auch mit der Ausführung von Ausbesserungsarbeiten hält man zurück. Die Aussichten für das nächste Jahr werden im allgemeinen als wenig erfreulich geschildert; die gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse unterdrücken die Bautätigkeit fast überall völlig. Offizielle Bauten und Siedlungsbauten wurden im Rohbau noch fertiggestellt, im übrigen aber nur Ausbesserungsarbeiten in Angriff genommen. Lediglich in München setzte eine Wiederbelebung in geringem Umfang ein.

Gewerkschaftliches.

August Bringmann †. Der langjährige Schriftsteller des "Zimmerer", Genosse August Bringmann, ist am 28. November nach kurzer Krankheit gestorben. Mit ihm scheitert einer der verbientvollsten Kämpfer um die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung dahin. Ganz besonders schwer wird der deutsche Zimmerer verband, der der unermüdlichen Kraft seines August Bringmann viel zu danken hat, betroffen. Schon bevor Bringmann 1891 nach Hamburg in das Zentralbüro berufen wurde, war er der führende seiner Verbandskollegen in Calbe, Aschersleben, Magdeburg und Quedlinburg. 1898 übernahm er die Zeitung des Verbandsorgans "Der Zimmerer", bis ihm nun der Tod die Feder aus der Hand genommen hat. Allgemein bekannt geworden ist seine in 2 Bänden erschienene "Geschichte der deutschen Zimmererbewegung", die zum ersten Male auch eine zusammenfassende Darstellung der Deutschen Gewerkschaftsbewegung brachte und für viele späteren Geschichtsschreiber eine Fundgrube historischer Vorgänge war. Vorbildlich für viele Werke ähnlicher Art sind auch seine "Praktischen Wünsche" geworden. Nun hat der Tod dem milden Kämpfer unerwartet ein schnelles Ziel gesetzt. Außer dem Zentralverband der Zimmerer werden auch alle übrigen Gewerkschaften und Parteigenossen dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken wahren; denn allzeit hat er seine volle Kraft eingesetzt für den Aufstieg der deutschen Arbeitersbewegung.

Gegen die Zersplitterung. In leichter Zeit mehren sich die von einer gewissen Seite bewußt ausgesetzten Verleumdungen und Verdächtigungen. Die Träger des kapitalistischen Systems wissen, daß die Einigkeit die Wurzel des Friedens des Proletariats ist; deshalb kennen diese kein höheres Ziel, als die bestehende einheitliche Gewerkschaftsorganisation zu zersplittern. Sie blasen mit vollen Kräften in das von ihnen mit Verleumdungen und Verdächtigungen angezündete kleine Feuerchen; denn je uneiniger die Arbeiterschaft, um so sicherer und fester steht die Macht des Kapitalismus.

Deshalb muß den Zersplitterern unerbittlich heimgesucht werden; die Aktion dieser Arbeiterverkörper muß mit den schärfsten Mitteln im Keime erstickt werden.

Sehr gern wird von den Zersplitterern die Jugend aufgefunden. Sie hoffen, daß die Jugend in ihrem Feuergeist wilden, phantastischen Plänen eher zugeneigt ist. Durch radikale Reden werden die Jugendlichen aus den Organisationen gelockt zur Freude der Reaktionäre. Vereinzelt sind wir nichts, vereinigt riesenstärk. Darum wählt die Geschlossenheit der Organisation.

Der Reichsarbeitsvertrag für das deutsche Holzgewerbe, der am 8. Februar 1920 abgeschlossen wurde, gilt bis zum 16. Februar 1921 und läuft ein Jahr weiter, wenn er nicht bis zum 16. November 1920 gekündigt wird. Um sich über die zu ergreifenden Maßnahmen zu verständigen, hatte der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes auf den 8. November eine Konferenz einberufen, an der außer den Vorstehern die Vertreter von mehr als 150 Vertragsorten teilnahmen. Die Konferenz kam nun überein, daß jetzt in

zentralen Verhandlungen eine weitere Erhöhung der Vertragslöhne um 20 vom Hundert gefordert werden soll. Weiter kam sie zu dem Entschluß, von einer Kündigung des Vertrages Abstand zu nehmen, aber zugleich an die Unternehmer wegen sofortiger Gewährung einer Lohn erhöhung heranzutreten.

Der Reichstarisvertrag für das Steinse-, und Straßenbaugewerbe allgemein verbindlich. Der zwischen dem Verbande der Steinseher, Pflasterer und Verfussgenossen Deutschlands und dem Reichsverbande für das Steinse-, Pflasterer- und Straßenbaugewerbe am 24. Juni in Leipzig abgeschlossene Reichstarisvertrag ist durch das Reichsarbeitsministerium als allgemein verbindlich erklärt worden. Die Eintragung in das Tarifregister datiert vom 15. November 1920. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. August 1920. Der § 8 des Tarifvertrages (Lehrlingshaltung) ist außer der allgemeinen Verbindlichkeit gestellt worden, auch erfreut sie sich nicht auf Arbeitsverträge, für die der Reichstarisvertrag für das Straßenbaugewerbe oder ein sonstiger Reichstarisvertrag in Frage kommt.

Der Beirat des Zentralverbandes der Angestellten nahm nach einem Beirat des Vorsitzenden zu den Thesen des Zweiten Kongresses der Dritten kommunistischen Internationale in Moskau Stellung. Beirat und Vorstand erklären, daß Mitglieder, die die Thesen der Dritten Internationale zur Gewerkschaftsfrage billigen, nicht Beamte der Organisation sein können. Gegen Mitglieder, die den Beschluss zu widerholen, soll mit allen Sanktionsmaßnahmen Widerstand vorgenommen werden, weil eine Tätigkeit nach den Grundsätzen der Dritten Internationale mit der Mitgliedschaft im Centralverband unvereinbar ist.

In diesem Zusammenhange wurde die Tätigkeit des Redakteurs Paul Lange, der die Bekämpfung der Grundätze der Dritten Internationale vermissen ließ, gemäßigt. Lange erklärte darauf, daß er die Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa) gegen die Dritte Internationale billige und sich verpflichte, entschieden gegen die Thesen der Moskauer Internationale in der Öffentlichkeit Stellung zu nehmen und daraus alle Konsequenzen zu ziehen.

Informationsmaterial für Betriebsräte. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände unterhalten gemeinsam die Gewerkschaftliche Betriebsräte-Zentrale. Die Adresse lautet: Berlin SO 16, Engelkufer 15, IV.

Diese Betriebsrätezentrale hat bereits eine Anzahl von wichtigen Informationschriften erscheinen lassen. Bis jetzt sind 7 Hefte erschienen. Wir machen unsere Kollegen darauf aufmerksam, daß dieses Material durch die Ortsausküsse bezogen werden kann. Soweit Ortsausküsse nicht bestehen, sind die diesbezüglichen Bestellungen unter gleichzeitiger Einsendung der Beträge zugleich der Poststellen an die Betriebsrätezentrale direkt zu richten.

Bis jetzt sind folgende Hefte erschienen:
Hest 1: Richtlinien, Arbeitsplan, Aufgaben und Normalabgabungen der örtlichen Betriebsrätezentralen. Preis 80.-.

Hest 2: Geschäftsführung, Geschäftsordnung und Arbeitsordnung des Betriebsrates. Preis 40.-.

Hest 3: Richtlinien für Einstellungen und Entlassungen. Preis 50.-.

Hest 4: Der Obmann im Kleinbetrieb. Preis 60.-.

Hest 5: Wer ist zuständig bei Streitigkeiten? Preis 50.-.

Hest 6: Was ist eine Bilanz? Preis 80.-.

Hest 7: Grundzüge für Vorträge über das Betriebsrätegesetz und die damit zusammenhängenden Gesetze. Preis 80.-.

Vorstehender Preis gilt nur für gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, für unorganisierte erhöht sich der Preis um 100%.

Zur empfehlen unsern Filialverwaltungen, den Obmännern und Betriebsräten die Anschaffung dieser Hefte aufs beste.

Sozialpolitisches.

Zur Sozialisierungfrage gab der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter folgende Erklärung bekannt: Die Beschlüsse unserer maßgebenden Organisationsvertretungen und der einstimmige Beschluß des Internationalen Bergarbeiterkongresses in Genf fordern die Sozialisierung des Bergbaus. Der Vorschlag der Unterkommission des Reichswirtschaftsrates, "Kleinaktion" auszugeben, ist eine plumppe Fälschung des sozialistischen Gedankens und Idust auf eine Verstärkung des Privatkapitalismus hinaus. Der Verbandsvorstand verlangt daher von allen Verbandsmitgliedern, daß sie die Stinnes-Silberbergischen Vorschläge betreffs Kleinaktion oder einen ähnlichen Plan energisch bekämpfen. Undernfalls würden die betreffenden Kameraden gegen die Beschlüsse ihrer Organisation handeln und müsste daraus die einzige richtige Folge gezogen werden.

Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung. Eine Konferenz der Arbeitsnachwebeamten des Rheinlandes in Düsseldorf, nahm nach einem Beirat über die Gesetzentwürfe „Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung“ und nach einer eingehenden Aussprache zu diesen Entwürfen folgende Resolution an: „Die hier besuchte Konferenz der Arbeitsnachwebeamten Rheinlands begrüßt einstimmig eine baldige neue Regelung des Arbeitsnachweiswesens. Sie erwartet jedoch vom Gesetzgeber die Schaffung eines wirklich lückenlosen Neues von Arbeitsnachweisen, damit eine planmäßige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit Erfolg durchgeführt werden kann. Eine weitgehende Selbstverwaltung ist eine Voraussetzung, die im Interesse des guten Einvernehmen der Interessenten (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) mit dem Arbeitsnachweis und somit zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens berechtigt ist. Es wird gefordert, daß uns dieses Gesetz auch den Melde- und Bewußtungswang bringt. Die gewöhnliche Stellenverteilung ist nicht erkenntberechtigt und daher mit dem Erreichen des Gesetzes zu verbieten. Die Verfeindeten protestieren einstimmig gegen die im Arbeitslosenversicherungsentwurf beachtigte Angleichung der Arbeitslosenversicherung an die Krankenkassen und verlangen die Angleichung an den allein hierfür zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweis. Die Tätigkeit des Arbeitsnachweises in der Erwerbslosenfürsorge hat bewiesen, daß nur durch Ansiedlung der Versicherung an den Arbeitsnachweis diese vor Missbrauch geschützt wird.“

Fachliteratur.

Münchener Malerzeitung. Illustrierte Fachzeitschrift für Maler. Erscheint am 15. jeden Monats. Verlag Georg Heyder, Pasing bei München. Der Abonnementpreis beträgt 18.- pro Jahr. Wir machen unsere Kollegen besonders darauf aufmerksam, daß diese gut redigierte, empfehlenswerte Fachzeitschrift praktisch gut verwendbare Vorträge bringt, die sicherlich das Interesse jedes vorwärts strebenden Berufskollegen wecken.

Literarisches.

„Karten-Auskunfts für Betriebsräte.“ Überall beginnen jetzt Lehrkurse für Betriebsräte. Es mangelt jedoch an Lehrmitteln und Lehrern. Aus vielen zerstreuten lospielen Fachwerken muß der Lehrstoff mühsam herausgezogen werden. Da erscheint zu rechter Zeit im Volksverlag für Wirtschaft und Verkehr, Stuttgart, Pfäfersstr. 5, die „Karten-Auskunfts für Betriebsräte“, von dem Leiter der vorbildlichen Frankfurter Betriebsrätekurse und Mitgliedern der Arbeiterakademie Frankfurt herausgegeben. Das Werk, das jeder Betriebsrat und vorwärtsstrebende Arbeitnehmer braucht, erscheint in 15 Heften à 4,80.- einschließlich Porto. In volkstümlicher Sprache werden unter andern Arbeitsrecht, Betriebswirtschaftslehre, wissenschaftliche Betriebsführung, Berufskunde und Berufsbildung, Unternehmungsformen, Finanzierungsfragen, Fürsorgewesen, Fabrikgesundheitspflege, Arbeitsschutz, Volkswirtschaftslehre usw. behandelt. Vor-

lesnisse sind nicht erforderlich, weil der Stoff von den Grundlagen aus nach und nach aufgebaut wird. Da die Hefte zur Ausbildung in praktischer Klarheit eingekürzt, ergeben sie im Laufe der Zeit ein Nachschlagewerk, das nie veraltet, sondern stets ergänzt werden kann und worin man sofort im Übe alles Wissenswerte findet.

In Westfalen. Lustige Geschichten von Dr. Thomas, Verlagsbuchhandlung Vorwärts in Berlin. Preis 8.-M. Alle dieser lustlichen Geschichten sind schon in den Presse mitsamt Versen bekanntgeworden und haben sicherlich überall jung und alt einige fröhliche Stunden bereitet. Die Herausgabe in Buchform ist deshalb zu begrüßen. Wir wünschen dem Buche weitere Verbreitung.

Die Ausgaben der Betriebsräte und deren organisatorische Zusammensetzung. Das über dieses sehr zeitgemäße Thema auf dem Reichsbetriebsrätekongress in Berlin gehaltene Referat des Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Robert Dömann, ist im Druck erschienen. Bei der großen Bedeutung, die den Verhandlungen und Beschlüssen über die Ausgaben und die organisatorische Zusammensetzung der Betriebsräte zwecklos zu kommt, verdient auch das grundlegende Referat Dömanns dazu allgemeines Interesse. Um so mehr, als es erfüllt ist von dem ehrlichen Vertrieben, die gesunde Weiterentwicklung der Gewerkschaften sicherzustellen und die gewerkschaftliche Einheitlichkeit zu fördern. Die Anschaffung der 24 Seiten starken Broschüre empfehlen wir unseren Kollegen aus angelegenheit. Zu dem billigen Preise von 80.- kann sie vom Verlage des Volksrechts in Frankfurt a. M., Große Friedberger Straße 89, bezogen werden.

Jahresbericht des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin 1919. Herausgegeben von der Geschäftsführung, Berlin N 4, Schlegelstr. 2. Der Bericht gibt eine übersichtliche Darstellung von der gewaltigen Arbeit, die der Groß-Berliner Schlichtungsausschuss im Laufe des vorigen Jahres zu bewältigen hatte. In der Einführung wird über die Entwicklung und den Aufbau dieser so notwendigen Einrichtung das altenmäßige Material bekanntgegeben.

Sterbetafel.

Bremen. Am 21. November starb nach langer Krankheit unser Kollege Louis Hiege im Alter von 84 Jahren.

— Am 22. November starb infolge Schlaganfalls unser Kollege Hermann Habicht im Alter von 88 Jahren. Breslau. Am 4. November starb plötzlich unser Kollege, der Lackierer Paul Mattheska, im Alter von 57 Jahren.

— Nach langer Krankheit starb am 18. November unser langjähriges Mitglied August Kampel im Alter von 68 Jahren.

Darmstadt. Am 30. Oktober starb der Kollege Hermann Wagner, geboren am 2. September 1859. — Am 14. November starb unser Kollege Ph. Becker, geboren am 18. Januar 1849 in Pfungstadt.

Dortmund. Zahlstelle Jäger. Am 8. November starb der Kollege Wilh. van Kampen, geb. 9. Februar 1895 zu Lingen.

Erfurt. Am 9. November starb nach langer Krankheit unser Kollege Ferdinand König im Alter von 46 Jahren an Nierenvergiffung.

Niel. Am 20. November starb nach qualvollem Leiden an Gasvergiftung, die er sich im Felde ausgezogen hatte, unser langjähriges Mitglied, der Kollege Robert Broich, im Alter von 88 Jahren.

Chre ihrem Andenken!

Die Woche vom 5. bis 11. Dezember 1920 ist die 49. Beitragswocde.

Tetralin, ein deutsches Lösungsmittel von stets gleicher Beschaffenheit, billig in der Verwendung zum Lösen, Verdünnen, Abwaschen usw., usw. Auskunft erteilt Tetralin G. m. b. H., Berlin W 8.

Geld verdienst! Ist schwer für denjenigen, der nicht die richtigen Mittel und Wege weiß, aber leicht für jedermann, ob im Haupt oder als Nebenerwerb, der sich sofort meine „Schriftbauten“ zur Herstellung von Brillant-Glasplastaten sowie auch zur Herstellung von Brillantmalereien aller Art anbietet. Mit Hilfe meiner Buchstabenpausen kann jedermann sofort die saubersten Glas- und Brillantmalereien herstellen. Besonders sehr wertvoll sind die ganz neuen Aluminium-Glasplastatamente, etwas ganz Neues und wöhrlich Vorhnmes sind. Ganze Serie Buchstabenpausen, bestehend aus 16 Doppelbuchstaben jedes Alphabets à große und 26 kleine Buchstaben in verschiedenen Schriftarten und in 5 verschiedenen Höhen von 1/4 bis 5 cm) sowie Zahlen, Zeichen und Verzierungen in 4 verschiedenen Höhen, nebst fertigem Brillantschild im Dente von allein 6,50 M., einem Bogen Goldfolien und einem Bogen Brillant-Aluminium sowie Gebrauchsanzüglich. Preis der kompletten Serien nur 21,- gegen Nachnahme.
Albin Hutmacher, Maler, Bilden im Rheinland.

Ia Reinöl-Sirnis, erstklassige Ware, offerierte zu 31,- pro Kilogramm netto inkl. Paket ab rheinisch. Bremen, solange Alex Schröter, Hademarschen i. Holz.

Abendkursus Patent- anmeldungen besorgt rasch, billig u. direkt Ing. Dr. Baub. Schulte, (Wittig), Schrifft. 5. Cölner Straße 18 B. 1. Etage.

Malerschule Buxtehude
gegr. 1877.
Kriegsbeschädigten-Kurse.
Größte Schule für Dekorationsmaler!
Goldene Medaillen u. Ehrenpreise.
Prospekt durch die Direktion.

Malerschule Zweibrücken
Spezialabteilung für
Holz- und Marmormalerei
Schriften - Glasvergoldungen
von Heinrich Gentes
Eintr. z. jed. Zeit. Prospekt gratis.

Abendkurse
für alte Holz- u. Marmormalereien,
auch für Kriegsbeschädigte erteilt
Fr. Popp, Regeldorfstr. 27, Opt.
Anmeldungen täglich.

Mr. 822 Prakt. Anleitung; Herstellung von Perlmutt-Brillantbildern.
Mit fert. Musterschild u. Rechnung, sieu! Hochinteressante Arbeit neu! Kleine Unlophen, großer Verdienst bei Eins. v. 5 & 6 Rantauabendung. Ratione 6,50 M.

H.F.K. Boyken, Steuer 1. O.,
Pinsel Grei Haus.
u. Streichdrähte jeder Art für Industrie u. Handwerk liefert seit Jahren am vorzüglichsten.
H.W. Witte, Berlin, Nutzlandstr. 48. Tel.: Aix 322.

Sirnis,
alte, Stein, Eisen, lauft jeden Tonnen chemische Produkte, Berlin 8-34, Wilhelmstraße 28, Königshof 1817.

Wilhelm Walter
Oele, Lacke, Leime
Viktoria-Urgangssonne für
Maler und Lackierer.
Düsseldorf, Kardinalstraße 72.
Geschäftsrat von 8 bis 4 Uhr.

Colange die Vorräte reichen!
Pinsel Grei Haus.
1/2 Oele bis 70 fl. marinierte Heringe 34 M. 1/2 Oele Bism. 22. Lackberinge 26. B. Überlinge 24!
Kratz ab hier. 25 Pf. B. 1. Bism. 25. Bism. 26. Bism. 27. Bism. 28. Bism. 29. Bism. 30. Bism. 31. Bism. 32. Bism. 33. Bism. 34. Bism. 35. Bism. 36. Bism. 37. Bism. 38. Bism. 39. Bism. 40. Bism. 41. Bism. 42. Bism. 43. Bism. 44. Bism. 45. Bism. 46. Bism. 47. Bism. 48. Bism. 49. Bism. 50. Bism. 51. Bism. 52. Bism. 53. Bism. 54. Bism. 55. Bism. 56. Bism. 57. Bism. 58. Bism. 59. Bism. 60. Bism. 61. Bism. 62. Bism. 63. Bism. 64. Bism. 65. Bism. 66. Bism. 67. Bism. 68. Bism. 69. Bism. 70. Bism. 71. Bism. 72. Bism. 73. Bism. 74. Bism. 75. Bism. 76. Bism. 77. Bism. 78. Bism. 79. Bism. 80. Bism. 81. Bism. 82. Bism. 83. Bism. 84. Bism. 85. Bism. 86. Bism. 87. Bism. 88. Bism. 89. Bism. 90. Bism. 91. Bism. 92. Bism. 93. Bism. 94. Bism. 95. Bism. 96. Bism. 97. Bism. 98. Bism. 99. Bism. 100. Bism. 101. Bism. 102. Bism. 103. Bism. 104. Bism. 105. Bism. 106. Bism. 107. Bism. 108. Bism. 109. Bism. 110. Bism. 111. Bism. 112. Bism. 113. Bism. 114. Bism. 115. Bism. 116. Bism. 117. Bism. 118. Bism. 119. Bism. 120. Bism. 121. Bism. 122. Bism. 123. Bism. 124. Bism. 125. Bism. 126. Bism. 127. Bism. 128. Bism. 129. Bism. 130. Bism. 131. Bism. 132. Bism. 133. Bism. 134. Bism. 135. Bism. 136. Bism. 137. Bism. 138. Bism. 139. Bism. 140. Bism. 141. Bism. 142. Bism. 143. Bism. 144. Bism. 145. Bism. 146. Bism. 147. Bism. 148. Bism. 149. Bism. 150. Bism. 151. Bism. 152. Bism. 153. Bism. 154. Bism. 155. Bism. 156. Bism. 157. Bism. 158. Bism. 159. Bism. 160. Bism. 161. Bism. 162. Bism. 163. Bism. 164. Bism. 165. Bism. 166. Bism. 167. Bism. 168. Bism. 169. Bism. 170. Bism. 171. Bism. 172. Bism. 173. Bism. 174. Bism. 175. Bism. 176. Bism. 177. Bism. 178. Bism. 179. Bism. 180. Bism. 181. Bism. 182. Bism. 183. Bism. 184. Bism. 185. Bism. 186. Bism. 187. Bism. 188. Bism. 189. Bism. 190. Bism. 191. Bism. 192. Bism. 193. Bism. 194. Bism. 195. Bism. 196. Bism. 197. Bism. 198. Bism. 199. Bism. 200. Bism. 201. Bism. 202. Bism. 203. Bism. 204. Bism. 205. Bism. 206. Bism. 207. Bism. 208. Bism. 209. Bism. 210. Bism. 211. Bism. 212. Bism. 213. Bism. 214. Bism. 215. Bism. 216. Bism. 217. Bism. 218. Bism. 219. Bism. 220. Bism. 221. Bism. 222. Bism. 223. Bism. 224. Bism. 225. Bism. 226. Bism. 227. Bism. 228. Bism. 229. Bism. 230. Bism. 231. Bism. 232. Bism. 233. Bism. 234. Bism. 235. Bism. 236. Bism. 237. Bism. 238. Bism. 239. Bism. 240. Bism. 241. Bism. 242. Bism. 243. Bism. 244. Bism. 245. Bism. 246. Bism. 247. Bism. 248. Bism. 249. Bism. 250. Bism. 251. Bism. 252. Bism. 253. Bism. 254. Bism. 255. Bism. 256. Bism. 257. Bism. 258. Bism. 259. Bism. 260. Bism. 261. Bism. 262. Bism. 263. Bism. 264. Bism. 265. Bism. 266. Bism. 267. Bism. 268. Bism. 269. Bism. 270. Bism. 271. Bism. 272. Bism. 273. Bism. 274. Bism. 275. Bism. 276. Bism. 277. Bism. 278. Bism. 279. Bism. 280. Bism. 281. Bism. 282. Bism. 283.